

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Kommandantenstr. 80 · 10117 Berlin

Tierschutzverein für Berlin

Eva Rönspieß und Sieglinde Stasny  
Vorsitzende und Schatzmeisterin

Hausvaterweg 39  
13057 Berlin

**Nina Stahr und Werner Graf**  
Landesvorsitzende

Landesgeschäftsstelle  
Kommandantenstr. 80  
10117 Berlin  
Tel.: +49 (30) 61 50 05 – 0  
Fax: +49 (30) 61 50 05 – 99  
landesvorsitzende@gruene-berlin.de

Berlin, 9. Juni 2021

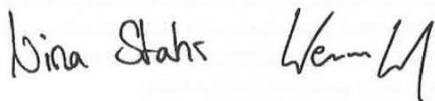
## **Wahlprüfsteine des Tierschutzvereins für Berlin**

### **– Grüne Antworten**

Sehr geehrte Frau Rönspieß, Sehr geehrte Frau Stasny, Sehr geehrte Frau Tischler,

vielen Dank für Ihr Interesse an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin. Gerne beantworten wir Ihre Wahlprüfsteine. Sie finden unsere Antworten im beigefügten Schreiben.

Mit freundlichen Grüßen



Nina Stahr und Werner Graf  
Landesvorsitzende

## **Vorwort:**

Tiere bewohnen mit uns gemeinsam diese Stadt. Sie sind keine Gegenstände, sondern Lebewesen, deren Rechte es zu schützen gilt. Daher wollen wir Grüne, dass Menschen und Tiere in dieser wachsenden Stadt gut zusammenleben und haben deshalb die Tierrechte in den vergangenen Jahren weiter gestärkt. Die rot-rot-grüne Regierung hat echte Meilensteine für den Berliner Tierschutz gelegt. So wurde die Stelle der Landestierschutzbeauftragten erstmals hauptamtlich besetzt, mit dem Verbandsklagegesetz können Personen fortan juristisch für Tiere vor Gericht ziehen, die Katzenschutzverordnung ist auf den Weg gebracht, um das Leid der freilebenden Katzen endlich zu beenden, der Weihnachtscircus darf nicht mehr vor dem Olympiastadion gastieren und es wurden neue Stellen für die Kontrollen von Tierversuchen geschaffen. Wir konnten nicht für alle Tiere Berlins Verbesserungen erreichen, doch dies fordert uns umso mehr in der nächsten Koalition, noch mehr für Tierglück zu leisten!

### **1a. Wird Ihre Partei weitere Auslaufflächen im Berliner Stadtgebiet schaffen? Wenn ja, wo? Wenn nein, warum nicht?**

Uns GRÜNEN ist wichtig, dass Hunde art- und tiergerecht gehalten werden. Dazu zählt u.a. das Angebot von ausreichend großen Auslaufflächen auf denen die Hunde ihren Bedürfnissen nach tierischen Kontakten und Spielverhalten nachgehen können. Aus diesem Grund wollen wir sicherstellen, dass bestehende Auslaufflächen erhalten bleiben und streben ferner an, dass weitere Hundeauslaufflächen in möglichst allen Bezirken – auch wohnortnah, ausreichend geschaffen werden. Doch die Einrichtung von neuen Freiflächen obliegt den einzelnen Bezirken und es besteht Flächenkonkurrenz mit anderen Nutzungsmöglichkeiten.

Der Corona-Haustierboom hat verdeutlicht, wie viele Menschen sich Tiere unüberlegt anschaffen. Daher müssen wir dafür sensibilisieren, was es bedeutet sich ein Tier in einer Stadt wie Berlin anzuschaffen. In die Entscheidung für oder gegen ein Tier müssen unbedingt die persönlichen und räumlichen Gegebenheiten einbezogen werden. Es stellen sich Fragen wie „Ist es eine gute Idee mit einer Dogge in den sechsten Stock eines Altbaus ohne Fahrstuhl einzuziehen?“ oder „Wie stelle ich sicher, dass mein Hund zu seinem natürlichen Bedürfnis nach Bewegung kommt, wenn ich zehn Stunden am Tag außer Haus bin?“.

**1b. Wird Ihre Partei sich für die Abschaffung der Rasseliste in Berlin einsetzen? Wenn nein, warum nicht?**

Die Stigmatisierung durch die Rasseliste lehnen wir ab. Daher werden wir prüfen, mit welchen wirkungsvolleren Mitteln der Gefahrenabwehr wir die Rasseliste ersetzen können.

**1c. Wird Ihre Partei die Einführung eines solchen Hundeführerscheins in Berlin fordern? Wenn nein, warum nicht?**

Generell begrüßen wir die Einführung einer verpflichtenden Sachkunde für alle Tierarten. Inwieweit die Einführung eines Hundeführerscheins in Berlin verpflichtend eingeführt werden kann, muss geprüft werden.

**2a. Wird Ihre Partei den Ersatz von Tierversuchen (Replace) verstärkt fördern? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?**

Die Zahl der wirtschaftlich und wissenschaftlich genutzten Tiere wollen wir in Berlin stetig reduzieren und Tierversuche im Sinne der 3R (Reduce, Replace, Refine) so weit wie möglich durch alternative, tierversuchsfreie Methoden ersetzen. Wir stehen dazu, dass Berlin Forschungshauptstadt für alternative, tierversuchsfreie Methoden werden soll. Die Landesförderungen von Forschungsvorhaben knüpfen wir an die Bedingung, Alternativen zu nutzen, zu erarbeiten und weiterzuentwickeln. Dabei bevorzugen wir Projekte, die Tierversuche ersetzen helfen oder Alternativmethoden validieren.

**2b. Wird Ihre Partei die Betreuung und die Vermittlung von Versuchstieren durch Tierschutzvereine finanziell unterstützen? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?**

Tierschutzvereine übernehmen eine wertvolle Aufgabe bei der Betreuung und Vermittlung von Versuchstieren, denen sie so ein Leben nach dem Versuch ermöglichen. Inwieweit das Land Berlin hierbei finanziell unterstützen kann, muss im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel entschieden werden. Allerdings würden wir es begrüßen, wenn diejenigen für die Betreuungs- und Vermittlungskosten aufkommen, von denen die Tiere abgegeben werden. Forschungsprogramme müssten mit einer entsprechenden Kostenpauschale ergänzt werden.

**2c. Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, Tierversuche mit dem Schweregrad 3 zu verbieten?**

**Antwort bitte begründen.**

Berlin soll Forschungshauptstadt für alternative, tierversuchsfreie Methoden werden. Dabei ist es für uns selbstverständlich, dass es in Berlin keine Tierversuche mit Schweregrad „schwerst“ nach der EU- Tierversuchsrichtlinie sowie Versuche an Primaten geben darf. Das Festhalten an gängiger Forschungspraxis oder wirtschaftlichen Interessen darf nicht länger über dem Tierschutz stehen. Dafür haben wir die Berliner Tierversuchskommission in einem ersten Schritt paritätisch mit Vertreter\*innen aus der Wissenschaft und dem Tierschutz besetzt. In der Zukunft werden wir dabei die Rolle von unabhängigen Vertreter\*innen des Tierschutzes stärken. Tierschützer\*innen sollen die gleichen Rechte wie die Vertreter\*innen der Wissenschaft haben. Wir fordern eine gesetzlich verankerte, verbindliche Dokumentationspflicht auf Bundesebene und werden den Aufbau von Datenbanken weiter fördern und auf die Vermeidung von Doppel- und Wiederholungsversuchen hinwirken. Darüber hinaus sollen verstärkte Kontrollen Tiere in Versuchsvorhaben besser schützen.

**2d. Wird Ihre Partei die Lehre an Berlins Hochschulen auch ohne Tierversuche ermöglichen?**

**Wenn ja, wann? Wenn nein, warum nicht?**

Wissen über alternative Methoden zu Tierversuchen soll bereits in grundständigen Studiengängen vermittelt werden und in der Lehre sollen gesetzliche Regelungen geschaffen werden, dass, wo immer möglich, auf Tierversuche verzichtet werden soll, wenn die Berufsbefähigung dies zulässt. Berlin würde hier dem Vorbild anderer Bundesländer folgen.

**2e. Wird Ihre Partei es ermöglichen, zukünftig im Bereich der Tierversuche ebenfalls die Anfechtungsklagen anzuwenden? Wenn ja, wann? Wenn nein, warum nicht?**

Mit dem Verbandsklagegesetz wurde ein entscheidender Meilenstein für den Berliner Tierschutz gesetzt. Im ursprünglichen, grünen Entwurf war die Anfechtungsklage vorgesehen, konnte sich allerdings in den weiteren Verhandlungen nicht durchsetzen. Bei einer Novellierung der Verbandsklage würden wir uns dafür wieder stark machen.

**2f. Wird Ihre Partei sich für die Erarbeitung eines konkreten Ausstiegsplans aus dem Tierversuch einsetzen? Wenn ja, wie und mit welchen Akteur\*innen? Wenn nein, warum nicht?**

Gemeinsam mit Wissenschaftler\*innen und in der Forschung Tätigen, der Landestierschutzbeauftragten, den Tierschutzorganisationen und forschenden Pharmaunternehmen werden wir uns verstärkt für die Validierung tierversuchsfreier

Methoden einsetzen und auf dieser Grundlage langfristig konkrete Ausstiegsfahrpläne für Tierversuche entwickeln. Auch gegenüber dem Bund und der Europäischen Kommission setzen wir uns für die Validierung tierversuchsfreier Methoden und ein entsprechendes Ausstiegsszenario aus der an Tierversuche gebundenen Forschung ein.

**3a. Wird Ihre Partei Tierschutz und Tierethik in Lehrplänen und Curricula stärken sowie die Tierschutzbildung durch Tierschutzvereine finanzieren? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?**

Wir wollen Tierschutzpädagogik stärken, Bildungsinitiativen für die artgerechte Haltung von Heimtieren ergreifen und werden Werbung, die Heimtiere bzw. deren Haltung unangemessen darstellt, problematisieren. Dabei wollen wir die Bildungsprogramme an den Interessen und Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen ausrichten. Tierschutzvereine sind ebenfalls für diese Vorhaben wichtige Partner, die wir im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel unterstützen wollen.

**4a. Wird Ihre Partei Wildtierleid in Zirkussen bei Berliner Gastspielen beenden? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?**

Wildtiere gehören nicht in den Zirkus. Wir haben deshalb in den vergangenen Jahren die landesrechtlichen Kompetenzen voll ausgeschöpft, um keine öffentlichen Flächen mehr an Zirkusse mit Wildtieren zu vergeben. Auf Bundesebene streben wir nach wie vor ein völliges Verbot von Wildtieren in Zirkussen an. Wir sehen Tiere in Zirkussen kritisch und setzen uns für höhere Tierhaltungsstandards ein. Das Landesrecht hat leider Grenzen und so ist uns der Schutz der Tiere nicht in dem Maße gelungen, wie wir es uns gewünscht haben.

**4b. Wird Ihre Partei ein berlinweites Verbot von Tiernutzungen auf Jahrmärkten, Weihnachtsmärkten und ähnlichen Festveranstaltungen fordern? Antwort bitte begründen.**

Die Tiernutzung aus rein wirtschaftlichem Interesse sehen wir kritisch. Analog zu den Zirkussen mit Wildtieren kann das Land Berlin die Tiernutzung auf o.g. Festen nur auf landeseigenen Flächen verhindern. Mit gestärkten Behörden kann Berlin allerdings sicherstellen, dass der Tierschutz auf solchen Veranstaltungen kontrolliert werden kann.

**4c. Wird Ihre Partei die Kutschfahrten in Berlins Innenstadt beenden? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?**

In den letzten Jahren haben wir etliche Anstrengungen unternommen, die Pferde von ihrem Kutschenleid zu befreien. Bisher nicht mit dem gewünschten Erfolg. Nichtsdestotrotz

vertreten wir weiter die Überzeugung, dass Pferdekutschen nicht nach Berlin gehören. Denn auch hier darf das wirtschaftliche Interesse nicht über dem Tierschutz stehen. Gleichzeitig wollen wir berlinweit die Pferdehaltung tiergerechter gestalten und mehr Offenstallhaltung ermöglichen.

**5a. Wird Ihre Partei den illegalen Tierhandel unterbinden? Wenn ja, mit welchen Maßnahmen?**

Den illegalen Handel mit Tieren wollen wir durch bessere Behördenzusammenarbeit unterbinden. Ferner wollen wir auch hier die Kontrollmöglichkeiten stärken. In Berlin darf ein Hund, der jünger als ein Jahr ist, nur von einer sachkundigen Person erworben werden. Berliner\*innen, die nicht darauf achten, handeln rechtswidrig und machen sich somit strafbar. Auf Landesebene werden wir weiterhin den Austausch mit Onlineplattformen suchen und für Verbesserungen werben. Das Land Berlin kann hier leider nicht eigenmächtig in die Gesetzgebungskompetenz des Bundes eingreifen.

**5b. Wird sich Ihre Partei für ein berlinweites Verbot des Verkaufs und der Zurschaustellung von exotischen Tieren auf Messen und anderen Veranstaltungen einsetzen? Antwort bitte begründen.**

Wir lehnen Reptilien- und Exotenbörsen ab. Doch ähnlich den gesetzlichen Möglichkeiten bei den Zirkussen, kann das Land Berlin ein Verbot nur auf landeseigenen Flächen anstreben. Private Besitzer\*innen können ihre Flächen nach Belieben vermieten oder verpachten. Nichtsdestotrotz muss das Land Berlin mithilfe der zuständigen Behörden den Tierschutz bei solchen Veranstaltungen sicherstellen. Daher setzen wir uns für eine stärkere Kontrolle ein. Zudem ist es unser Ziel, zu regeln, welche Arten unter Berücksichtigung von Tier-, Arten- und Naturschutz sowie von Gesundheits- und Sicherheitsaspekten für den Handel und die Privathaltung akzeptabel sind.

**5c. Wird sich Ihre Partei im Bundesrat für die Einführung des längst überfälligen Heimtiergesetzes, welches neben Regelungen zu Haltung, Zucht und Handel auch eine generelle Pflicht zur Kennzeichnung und Registrierung von Tieren beinhaltet, einsetzen? Wenn nein, warum nicht?**

Für die private Tierhaltung wollen wir verbindliche Standards im Hinblick auf das Tierwohl festlegen und auf Bundesebene darauf hinwirken, dass Haltung, Zucht und Handel von Heimtieren in einer Tierschutz-Heimtierverordnung geregelt werden. Unser Ziel ist es, zu regeln, welche Arten unter Berücksichtigung von Tier-, Arten- und Naturschutz sowie von Gesundheits- und Sicherheitsaspekten für den Handel und die Privathaltung akzeptabel sind.

**6. Wird Ihre Partei eine tierschutz- und wildtierfreundliche Novelle des Berliner Jagdgesetzes initiieren? Antwort bitte begründen.**

Das Berliner Jagdgesetz wollen wir noch immer modernisieren. Durch ein ökologisches und wissenschaftlich begründetes Wildtiermanagement wollen wir die Jagdzeiten und die Anzahl der beliebig jagdbaren Arten reduzieren. Ferner soll der Abschuss von Haustieren untersagt werden. Jäger\*innen sollen darüber hinaus regelmäßig Fortbildungen und Schießprüfungen absolvieren müssen. Weiterhin wollen wir bleihaltige Munition verbieten.

**7a) Wird Ihre Partei die Einrichtung und Finanzierung eines berlinweiten Taubenmanagements sicherstellen? Wenn ja, wie wird Ihre Partei das Taubenmanagement in den Bezirken umsetzen?**

Wir werden ein berlinweites Taubenmanagement mit betreuten Taubenschlägen zur Populationskontrolle einrichten. Wie die Umsetzung auf Bezirksebene erfolgen kann, muss individuell – auch standortabhängig – entschieden werden. Im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel muss eine langfristige Finanzierung sichergestellt werden.

**7b) Wird Ihre Partei weiterhin Gelder für die Kastration freilebender Katzen bereitstellen? Wenn ja, in welcher Höhe?**

Mit der Verabschiedung der Katzenschutzverordnung bekennt sich Berlin endlich nach langem Ringen zu Katzenschutz und gegen Katzenleid. Dies ist ein großer Schritt für Berlin und wir GRÜNE sind uns der Verantwortung bewusst. Um die Umsetzung der Verordnung sicherzustellen, werden im Rahmen der Möglichkeiten entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt.

**8. Wird Ihre Partei die pflanzenbasierten Mittagsangebote auf allen Speiseplänen der Berliner Gemeinschaftsverpflegung steigern? Antwort bitte begründen.**

Bio- oder regionale Lebensmittel, vegane, vegetarische und saisonale Ernährung sind längst Normalität für Berliner\*innen. Wir wollen den von uns eingeschlagenen Weg weitergehen und den Bund und die EU dazu antreiben, die Agrar- und Ernährungswende zu vollziehen und die Tierzahlen zu reduzieren. Berlin zeichnet sich durch eine enorme Nachfrage an bio-regionalen Lebensmitteln aus. Dieser Markt bietet die Möglichkeit, die bio- regionale Landwirtschaft nachhaltig umzugestalten, die industrielle Tierhaltung zu beenden und mit dem Ausbau der pflanzlichen Ernährung einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Mit der Berliner Ernährungsstrategie haben wir in dieser Legislatur bereits den Grundstein für dieses Ziel gelegt. In der öffentlichen Beschaffung sehen wir noch große Potentiale, die wir in den kommenden Jahren noch besser nutzen wollen. Wir wollen auch in Zukunft öffentliche Ausschreibungen noch nachhaltiger gestalten, Schulungen für Vergabestellen anbieten, eine Kantinenrichtlinie entwickeln und einführen und die Verwaltungsvorschrift „Umwelt und Beschaffung“ weiterentwickeln. Wir wollen insbesondere alle Kitas und Schulen, aber auch die anderen Bereiche der Gemeinschaftsverpflegung, wie zum Beispiel Krankenhäuser, dabei unterstützen, bis 2026 weitestgehend auf biologisch produzierte, vor allem regional angebaute Lebensmittel und mehr veganes bzw. vegetarisches Essen umzusteigen. Um unsere Ziele zu erreichen, setzen wir bei der Umstellung der Gemeinschaftsverpflegung auf die neu geschaffene Fortbildungseinrichtung „Die Kantine Zukunft Berlin“. Dieses Projekt wollen wir in eine langfristig bestehende Struktur überführen und regelmäßig neue Küchen in das Umstellungsprogramm aufnehmen.

Überdies hinaus wollen wir ermöglichen, dass alle Berliner\*innen Zugang zu niedrigschwelligen Bildungsangeboten rund um die Themen Ernährung und Landwirtschaft haben. Ein Schwerpunkt wird dabei auf der pflanzlichen Ernährung liegen, denn der Konsum von Nahrungsmitteln tierischer Herkunft soll aus Klima- und Artenschutzgründen deutlich sinken. Auch in den Schulen soll das Thema einen größeren Stellenwert einnehmen: Wir wollen jeder Schule Zugang zu einer Lehrküche geben und an jeder Schule einen Schulgarten etablieren, um allen Schüler\*innen die Möglichkeit zu bieten, Basiswissen zu gesunder, pflanzlicher und nachhaltiger Ernährung zu erlangen und eine höhere Wertschätzung für Lebensmittel zu entwickeln.

**9. Wird Ihre Partei die Berliner Behörden finanziell sowie personell vollumfänglich stärken, damit die Durchsetzung des Tierschutzgesetzes sowie der Tierschutz-Versuchstierverordnung vollends gelingt? Antwort bitte begründen.**

Die mit dem Tierschutz beauftragten Behörden des Landes Berlin wollen wir so ausstatten, dass sie ihrer Arbeit vollumfänglich nachkommen können. Zudem wollen wir die zuständigen Angestellten ermutigen, dass Tierschutzgesetz progressiv auszulegen. Kontrollergebnisse aus allen Bereichen haben gezeigt, dass es immer wieder Verbesserungsbedarf bei der Haltung und dem Umgang mit Tieren gibt. Nur mit ausreichenden Kontrollen lässt sich das Wohl für die einzelnen Tiere praktisch erwirken.

**10. Wird Ihre Partei die Silvesterböllerei beenden? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?**

Wir wollen unkontrolliertes und rücksichtsloses Böllern an Silvester aufgrund der Auswirkungen auf Mensch und Tier verbieten. Daher wollen wir die Einrichtung von mehr



öffentlichen professionellen Feuerwerken in der Silvesternacht sowie die Ausweitung böllerfreier Zonen.

**11a. Wird Ihre Partei artenschutzrechtliche Begutachtungen und Ausweichmöglichkeiten zum Schutz der Gebäudebrüter verbindlich vorschreiben sowie den Vollzug stärken? Antwort bitte begründen.**

Damit der Berliner Bauboom nicht in Betonwüsten endet, sollen Neubauten zukünftig nur noch mit Gründächern und Grünfassaden errichtet werden. Gebäude sind wichtige Lebensräume für Tiere. Wir wollen, dass die Bauordnung dem Rechnung trägt und Gebäudebrüter von Spatz bis Fledermaus auch bei Neubau und Sanierung weiterhin ihren Platz haben. Der Senatsbeschluss vom 8. Juni sieht ein Inkrafttreten 2024 vor. Wir hätten uns an dieser Stelle ein früheres Datum gewünscht. Deshalb werden wir als Bündnisgrüne uns genau dafür im parlamentarischen Verfahren einsetzen. Die öffentlichen Betriebe und Wohnungsbaugesellschaften sollen ein Vorbild sein und über die minimalen Anforderungen hinaus für Artenschutz sorgen. Durch einen Katalog ökologischer Kriterien für alle städtischen Grundstücke und Gebäude wollen wir einen Planungsansatz in die Stadt-, Landschafts- und Freiraumplanung integrieren, der die Bedürfnisse von stadtbewohnenden Tieren berücksichtigt (Animal-Aided Design). Die Grünflächen sollen mit Blühwiesen und strukturreichem Grün, wie Hecken und Büschen, insekten- und tierfreundlich gestaltet werden, um Lebensräume und Biotopverbindungen für Tierarten auch in der Stadt zu erhalten. Die Begutachtungen von Brutplätzen bzw. Ruhestätten an Gebäuden müssen qualifiziert und rechtzeitig stattfinden, wenn möglich bereits ein Jahr vor Baubeginn. Eine ökologische Baubegleitung soll die Planung und Umsetzung von Maßnahmen unterstützen.

**11b. Wird Ihre Partei Tierheime und Auffangstationen, die zur Aufnahme invasiver Arten gezwungen sind, finanziell unterstützen? Wenn ja, welche Maßnahmen sind darüber hinaus geplant?**

Die Möglichkeit zur finanziellen Unterstützung soll im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel geprüft werden. Unabhängig von den invasiven Arten wollen wir Tierheime, Wildauffangstationen, Tierschutzorganisationen und -initiativen sowie Tiertafeln besser finanzieren und die Zusammenarbeit mit der Verwaltung verbindlicher gestalten. Um einen besseren Umgang mit invasiven Arten, wie dem Waschbär oder den Schmuckschildkröten, zu ermöglichen, muss auf EU-Ebene die Liste der invasiven Arten überarbeitet werden. Dazu haben wir schon Kontakt aufgenommen.